

## **Schriftlicher Bericht**

für die 68. Amtschefkonferenz und die 97. Umweltministerkonferenz

### **Naturschutz gegen Rechtsextremismus**

Dem Beschluss der 95. Umweltministerkonferenz vom 13.11.2020 folgend, unter Einbeziehung der B/L-AG LANA ein „Aktionsprogramm Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ zu entwickeln, legt das BMU den ersten Bericht vor. In dem Beschluss wurde angeregt, die Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften in einem Aktionsprogramm zusammenzutragen und dieses regelmäßig fortzuschreiben.

Naturschutz ist für rechtsextreme Organisationen ein Thema, das für den verdeckten Transport ihrer Botschaften und Argumente instrumentalisiert wird. Über den vorgeblichen Natur- und Umweltschutzgedanken werden Engagierte über einschlägige Internetseiten und Publikationen zunächst interessiert, subtil beeinflusst und am Ende für die eigenen Anliegen vereinnahmt. Die vermittelten demokratie- und fremdenfeindlichen Botschaften erschließen sich oft nicht auf den ersten Blick. Um diese zu erkennen, ist eine wachsame und kritische Reflektion der Inhalte erforderlich sowie ein sensibles Sprachverständnis und zudem eine gute Kenntnis rechtsextremen Gedankenguts und der typischen Kommunikationsmuster. Die unterschwellig rechtsextremistisch gefärbte Ausdrucksweise ist von vielen Natur- und Umweltschutzengagierten nicht ohne Weiteres zu entschlüsseln, weshalb die Aufklärung und Sensibilisierung in diesem Bereich von zentraler Bedeutung ist. Neben der mediengesteuerten Beeinflussung von Engagierten gibt es immer wieder lokale Versuche, z.B. Ortsgruppen durch Eintritte vermeintlich Naturschutzbewegter gezielt zu unterwandern bzw. zu beeinflussen.

Die von Bund und Ländern geförderten Aktivitäten sollen das Problembewusstsein gegenüber rechtsextremistischer Unterwanderung erhöhen und Handlungskompetenz vermitteln, um naturschutzengagierte Menschen zu befähigen, rechtsextreme Einflussnahme zu erkennen und dieser aktiv entgegen zu treten. Hierzu bedarf es der engagierten Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

Ein künftiges „Aktionsprogramm Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ sollte die laufenden Aktivitäten bündeln, Handlungsdefizite benennen und Vorschläge für sinnvolle Weiterentwicklungen machen.

## **Bestehende Programme bei Ländern, Bund, BfN, DBU und Verbänden**

Vom BMU wurde eine Abfrage im Kreis der LANA und der Bundesressorts durchgeführt, um einen Gesamtüberblick zu erhalten über die bestehenden Programme, Erfahrungen und Handlungsoptionen zur Abwehr rechtsextremer Interventionen im Naturschutzbereich. Zudem wurden der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) zu bereits laufenden Programmen und Aktivitäten im Kontext des UMK-Beschlusses befragt. Die Ergebnisse dieser Abfragen sind in der beigefügten **Anlage** zusammengefasst und geben einen ersten Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Liste soll im Laufe der Entwicklung eines Aktionsprogramms weiter ergänzt und aktualisiert werden.

Auf Landes- und Bundesebene kommen unterschiedliche Instrumente (siehe Anlage, Spalte „Maßnahmenart“; Mehrfachnennungen möglich) zur Anwendung:

- Integration in Ausbildungsprogramme (Curricula für Fachkräfte in der Naturschutzverwaltung, Freiwillige im ökologischen Freiwilligendienst/FÖJ,)
- arbeitsrechtliche Verpflichtung für Bedienstete/FÖJler\*innen auf bestimmte Werte/Leitbilder,
- Fortbildungsangebote (am häufigsten genannt), als einmalige oder sich wiederholende Seminare oder Veranstaltungen für Fachkräfte und Multiplikator\*innen,
- Veranstaltungen, Workshops und Fachkonferenzen zu spezifischen Themen (z.B. „Westwall“; Akademie „Naturschutz und Rechtsradikalismus“) oder übergreifend (Demokratietage),
- Studien und Analysen (z.B. Naturschutz im Dritten Reich, rechte Landnahme), Entwicklung von Kommunikationslinien und Argumenten,
- Handreichungen (Kommunikationshilfen, Bildungsmaterialien),
- Strukturaufbau (Förderprogramme, Koordinierungs- und Beratungsstellen).

Die Aktivitäten richten sich an unterschiedliche Zielgruppen; häufig stehen dabei Multiplikator\*innen in Behörden oder Verbänden im Fokus. Oft soll auf diesem Wege auch die interessierte Bevölkerung durch Information oder Sensibilisierung erreicht werden. Auf Grundlage der ersten Bestandsaufnahme ist noch keine Aussage zur direkten oder indirekten Breitenwirkung der Maßnahmen möglich. Durchgeführt werden die Maßnahmen von staatlichen Akteur\*innen selbst, aber sehr häufig auch von Umweltverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen sowie Forschungseinrichtungen, die sich in diesem Bereich engagieren.

Auf Bundesebene wurde und wird das Thema im Rahmen der Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung aufgegriffen, insbesondere in den beiden großen Bundesprogrammen „Demokratie leben“ des BMFSFJ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI.

Das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** ist das mit Abstand größte Bundesprogramm zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Anfang 2020 startete das Programm in die zweite Förderperiode. Bis 2024 werden insgesamt mehr als 600 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung stehen und jährlich mehr als 5.000 zivilgesellschaftliche Projekte und Einzelmaßnahmen in ganz Deutschland unterstützt werden. Die Förderung lokalen Engagements und die Stärkung der Beratungs- und Koordinierungsarbeit in den Ländern waren und sind Schwerpunkte.

Im Themenfeld Rechtsextremismus und Naturschutz wurde in der vergangenen Förderperiode im Programmbereich „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ der Aufbau der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz der NaturFreunde

Deutschlands e.V. und NaturFreunde Jugend e.V. (**FARN e.V.**) unterstützt (s. Anlage, Nr. 43). FARN untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen, erarbeitet demokratiefördernde Gegenentwürfe und bietet entsprechende Beratungs- und Unterstützungsleistungen an. In der aktuellen Förderperiode wird FARN e.V. mit einem **Modellprojekt "Natur-SchutzRaum - Rechtsextremismusprävention im Natur - und Umweltschutz"** (s. Anlage, Nr. 44) gefördert. Strukturell werden in der aktuellen Förderperiode bis 2024 **bundesweite** Kompetenzzentren / -netzwerke unterstützt. Das Thema Naturschutz und Rechtsextremismus lässt sich im *Handlungsfeld Extremismusprävention, Rechtsextremismus* verorten.

Im Programm wird zudem die Arbeit der 16 Landesdemokratiezentren in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen z.B. durch mobile Beratungen unterstützt. Das **Modellprojekt "Mensch. Natur. Gesellschaft. Ökologisches Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit"** (s. Anlage, Nr. 45) des Fördervereins Ökologische Freiwilligendienste e.V. organisiert mit lokalen Trägern vor Ort bis 2024 bundesweit mehrtägige Seminare für Menschen, die sich im Natur- und Umweltschutz engagieren. Ergebnisse werden auch mit Multiplikatoren (u.a. politische Vereinigungen zur Demokratieförderung, regionale Umweltverbände, FÖJ-Träger etc.) geteilt, um sie zu befähigen, die Seminarbausteine in ihre eigene Arbeit zu übernehmen.

Auf **kommunaler Ebene** wurden 300 lokale Partnerschaften für Demokratie und Extremismusprävention gestärkt und beraten. Es sollen weitere Kommunen gewonnen werden.

Seit 2010 gibt es das **Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“**. Es hat ein jährliches Budget von derzeit zwölf Millionen Euro und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung umgesetzt. Es fördert in den Schwerpunkten „Demokratische Praxis in Vereinen und Verbänden stärken“, „Gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort gestalten“ und „Modellprojekten zur Stärkung von Teilhabe und Engagement“ Projekte zur Stärkung demokratischer Partizipation und gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Regionen.

Aktuell werden im Projekt **„Stärkenberatung der Naturfreunde – Gemeinsam stark für Demokratie“** sieben Landesverbände in TH, BY, RP, BW, NW, BB und HE der Naturfreunde beraten und gefördert (s. Anlage, Nr. 40). Des Weiteren ist ab 2022 gemeinsam mit FARN e.V. eine **Fortbildungsreihe** für zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und kommunale Amtsträger\*innen geplant (s. Anlage, Nr. 41).

## **Erste Überlegungen zu einem möglichen Aktionsprogramm**

Das grundsätzliche Ziel eines Aktionsprogramms „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ muss es sein, den Stellenwert dieses drängenden gesellschaftlichen Themas in der politischen Landschaft zu verbessern und die relevanten Akteur\*innen in diesem Bereich mit gezielten Maßnahmen, Programme, Aktivitäten etc. adäquat zu unterstützen. Die von Bund und Ländern geförderten Aktivitäten sollen dabei das Problembewusstsein gegenüber rechtsextremistischer Unterwanderung schärfen und Handlungskompetenz vermitteln, um naturschutzengagierte Menschen zu befähigen, rechtsextreme Einflussnahme zu erkennen und dieser aktiv entgegen zu treten.

Es sind verschiedene Ausgestaltungsoptionen eines solches Aktionsprogramms denkbar. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens wird das BMU in 2022 die differenzierte und bedarfsge-

rechte Ausarbeitung eines möglichen Aktionsprogramms vorantreiben. Neben einer wissenschaftlichen Bedarfsanalyse sollen konkrete Vorschläge für Maßnahmen, Programme, Aktivitäten ausgearbeitet werden. Darüber hinaus ist während des gesamten Prozesses eine enge Einbindung der Länder vorgesehen.

Unabhängig von den Ergebnissen des geplanten Vorhabens gibt es bereits jetzt einige mögliche Eckpunkte zum Handlungsfeld. Diese wurden vorrangig aus der Abfrage der bereits durchgeführten Aktivitäten und Maßnahmen von Bund und Ländern und den daraus resultierenden Erfahrungen abgeleitet:

- **Naturschutzverwaltungen** sollten im Umgang mit rechtsextremistischen Herausforderungen gestärkt werden. Hierzu gehört unter anderem rechtsextremistische Narrative zu erkennen und einzuordnen sowie die Handlungskompetenz, diesen aktiv und entschieden entgegen zu treten. Zudem sollten die Naturschutzbehörden im Umgang mit instrumentalisierten Erinnerungsorten mit Naturschutzbezug unterstützt werden.
  - Eine diesbezüglich wichtige Maßnahme wäre u.a. die Integration des Themas in das **Ausbildungsprogramm für Referendar\*innen** und die **Fortbildung der Mitarbeiter\*innen der Naturschutzverwaltungen**.
  - Durch eine Vernetzung mit dem im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vom FARN e.V. geplanten Projekt „Fortbildungsreihe“ 2022 bis 2024 (siehe Anlage, Nr. 41) könnten **Fortbildungen** ggf. kurz- bis mittelfristig ermöglicht werden. Das Projekt soll Betroffene für antidemokratisches Engagement im Natur- und Umweltschutz sensibilisieren und bei der Erarbeitung von Handlungs- und Distanzstrategien unterstützen.
- Ebenfalls von hoher Bedeutung wäre der Ausbau von **Kooperationen mit den Naturschutzverbänden**. Diese sollten durch Unterstützung von Bund und Ländern bzgl. dieses Themas in gleichem Maße wie die Naturschutzverwaltungen gestärkt werden.
- Des Weiteren sollten **politische Bildungsträger\*innen, Akteur\*innen des FÖJs und der Erinnerungskultur** eng mit einbezogen werden. Auch für diese Gruppen sollten Möglichkeiten der Unterstützung durch Bund und Länder geschaffen werden. Aktuell wird dieses u.a. auch im Rahmen des Modellprojekts „Mensch.Natur.Gesellschaft“ des FÖF e.V. (s. Anlage, Nr. 45) im Bundesprogramm „Demokratie leben“ noch bis 2024 bundesweit organisiert.
- Neben dem geplanten Forschungsvorhaben den BMU sollte in die Erarbeitung des konkreten Aktionsprogramms die **Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung** einbezogen werden. Die Zentralen können zudem genutzt werden, um das Thema zu transportieren.
- Auf Seiten des Bundes wird das Themenfeld Rechtsextremismus und Naturschutz aktuell in den beiden großen Bundesprogrammen **„Demokratie leben!“** und **„Zusammenhalt durch Teilhabe“** aufgegriffen. An deren Erfahrungswerte und bewährte Strukturen sollten künftige Maßnahmen anknüpfen.

## Weiteres Vorgehen

Auf Grundlage der Bestandsaufnahme laufender Maßnahmen und der Beratungen in der LANA und UMK sind Gespräche mit zentralen Akteur\*innen und Stakeholder\*innen geplant, u.a. mit der LANA auf Arbeitsebene, Bundesressorts, Umweltverbänden und relevanten Forschungsinstituten.

Um die Ausarbeitung des durch die UMK beschlossenen Aktionsprogramms wissenschaftlich zu begleiten, plant das BMU in 2022 ein Forschungsvorhaben unter dem Titel „Reaktionsstrategien gegen rechtspopulistische Interventionen im Naturschutz“. Dieses soll eine wissenschaftliche Bedarfsanalyse durchführen, sowie konkrete Vorschläge für wirkungsvolle Maßnahmen, Programme, Aktivitäten etc. für ein mögliches Aktionsprogramm ausarbeiten. So soll ein differenzierter und bedarfsgerechter Entwicklungsprozess gewährleistet werden.

Im nächsten Bericht an die Umweltministerkonferenz im Herbst 2022 wird das weitere Vorgehen zur Ausgestaltung eines möglichen „Aktionsprogramms Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ konkretisiert.